



Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin
kontakt@berliner-frauenbund.de
www.berliner-frauenbund.de

V.i.S.d.P: Mechthild Rawert,
Vorsitzende des Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Berlin, den 30. Januar 2025

Newsletter des BFB 1945 e.V. – Januar 2025

- I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin**
- II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten**
- III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter**
- IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischem Umfeld**

Liebe Interessierte und Engagierte,

viele von uns sind am und um den 27. Januar 2025, dem **Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust**, auf zahlreichen Veranstaltungen. Wir erinnern an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau vor 80 Jahren. Wir gedenken der millionenfachen Opfer der Shoah. Und wir mahnen: „Wehret den Anfängen“, „Nie wieder“. Das ist richtig und gut so, denn das Gedenken an die Opfer des Holocaust ist unser aller Pflicht. „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.“ (August Bebel)

Bereits seit längerer Zeit können wir als Gesellschaft das „Wehret den Anfängen“ nicht mehr unhinterfragt in den Raum stellen. Bis weit in die gesellschaftliche Mitte sind rechtspopulistische, nationalistische und sozialdarwinistische Haltungen eingedrungen. Dies wird durch die seit 2006 durchgeführten Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zu rechtsextremen Einstellungen in der deutschen Gesellschaft und auch durch das Erstarken einer von Verfassungschutzbehörden in Teilen als gesichert extremistischen Partei belegt. Wir wissen, dass Intoleranz, Hassreden, Stigmatisierungen und Diskriminierung den Nährboden für die grausamsten Taten der Menschheit bildeten. Wir müssen uns also fragen, ob wir heutzutage die Bedrohungen für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung - also zum Beispiel gegen Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte - in Deutschland in ihrem Umfang ausreichend ernsthaft wahrnehmen? So auch beim Erstarken des Antisemitismus.

Ich finde, Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier hat Recht, als er uns alle in der Gedenkstunde des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus (vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw05-gedenkstunde-nachbericht-1041606>) aufforderte: „**Nehmt die Feinde der Demokratie ernst.**“ Für mich bedeutet dieses: Nehmt die Humanität ernst.

„Wehret den Anfängen“ ist im Deutschen Bundestag nicht gelungen

Ich bin schockiert und traurig: Zum ersten Mal sind am 29.1.2025 jenseits der demokratischen Mitte Mehrheiten gesucht und billigend in Kauf genommen worden: Beim Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion zum umstrittenen Fünf-Punkte-Plan zur Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik stimmten in namentlicher Abstimmung 348 Parlamentarier*innen der CDU/CSU, AfD und FDP mit Ja und 345 Parlamentarier*innen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke mit Nein. 10 Parlamentarier*innen enthielten sich, u.a. das BSW. Dieses herbeigeführte Abstimmungsergebnis ist ein **Tabubruch**, denn es ging bei der Debatte um grundlegende Fragen der politischen Kultur, vor allem um das grundsätzliche Verhältnis zur AfD. Es ging auch darum, was bisher erreicht wurde: (vgl. https://fragdenstaat.de/koalitionstracker/?utm_medium=email). Mit dieser gemeinsamen Abstimmung steht die vormals auch von CDU/CSU beschworene „Brandmauer“ erstmals ganz offen zur Debatte. Diese triumphierte nach der Abstimmung und sprach von einem „historischen Tag“. „Jetzt beginnt eine neue Epoche. Das führen wir an, das führt die AfD an. Sie können folgen, Herr Merz.“

Damit sind die Themen Asyl und Migration wahrscheinlich zum bestimmenden Thema des laufenden **Wahlkampfes** geworden. Mir ist wichtig: Trotz abscheulicher Verbrechen einzelner Geflüchteter oder Menschen mit Migrationsbiografie gilt, dass die aller-, allermeisten bei uns lebenden Geflüchteten oder Menschen mit Migrationsbiografie nur eines wollen: Hier in Frieden mit ihren Familien leben und als gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschaft anerkannt werden. Auch gerade deshalb ist es – unabhängig von der ethnischen Herkunft - unser aller Aufgabe, Gesicht zu zeigen gegen Stigmatisierung, Rassismus und Diskriminierung.

Die kommende Bundestagswahl am 23.2.2025 ist für die Demokratie und die Humanität in unserem Land entscheidend. Noch haben die Bürger*innen über künftige Verschiebungen der Mehrheitsverhältnisse auf Bundes- und Länderebene nach rechtsextrem nicht entschieden. Ich hoffe immer noch auf ein starkes Signal im Sinne unserer demokratischen Werte.

Für mehr Frauen*rechte, gegen Antifeminismus – vor Ort, weltweit

Parallel zur Verbreitung rechter und autoritärer Einstellungen sind in den letzten Jahre die **Zustimmungswerte zu antifeministischen, frauen- und LGBTIQ-feindlichen Aussagen kontinuierlich angestiegen**. Diese fußen auf einer von Ungleichheit geprägten Geschlechterordnung und der traditionell zweigeschlechtlichen Ordnung, die Männern und Frauen von Natur aus jeweils spezifische Eigenschaften und damit einhergehende Lebensbereiche zuschreibt. Abgelehnt werden Vorstellungen vielfältiger geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen.

Schon im Wahlkampf hatte Donald Trump gegen einen vermeintlichen **"Transgender-Wahn"** gewettert. Meta-Chef Marc Zuckerberg tönte im vorausseilenden Gehorsam, Unternehmen seien „unmännlich“ geworden. Es brauche mehr „maskuline Energie“. Wird Aggression salonfähig? Als US-Präsident hat D. Trump umgehend verkündigt, dass er offiziell nur noch das männliche und das weibliche Geschlecht anerkennen lassen will. Beendet werden Programme zur Förderung von Diversität, angeordnet ist, dass die Mitarbeiter*innen entlassen werden. Trans*Menschen sollen aus der Armee ausgeschlossen werden, sie erhalten keine Reisepässe oder Führerscheine mit dem Zeichen X mehr. In unserer globalisierten Welt haben solche Signale auch Wirkungen auf uns Frauen* in Deutschland.

Doch wir brauchen für diese Haltung nicht über den Ozean schwimmen. Ein solch rechter Kulturkampf findet seit längerem auch bei uns statt: So hat die CDU-Fraktion bereits Ende 2022 ihren Antrag "Gendern? Nein danke" gemeinsam mit der AfD und den Bürgern für Thüringen im Thüringischen Landtag mehrheitlich durchgebracht. Landtag, Landesregierung, Behörden, Schulen und Hochschulen in Thüringen sollen nach dem Willen in ihrer öffentlichen Kommunikation nicht gendern. So warf der damalige SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert der CDU vor, „mit den Faschisten der Höcke-AfD“ über Bande zu spielen. „Es handelt sich bei diesem Antrag um eine bewusste Grenzverschiebung, um Abstimmungsmehrheiten unter Zuhilfenahme der AfD zu normalisieren.“

Wir dürfen es **nicht zulassen, dass Antifeminismus und andere geschlechterbezogene Ungleichwertigkeitsideologien das Selbstbestimmungsrecht von Menschen einschränken!** Heute nicht! Morgen nicht! Und am 23.2.2025 auch nicht!

Fraktionen machen Weg fürs das Gewalthilfegesetz frei

Seit langem kämpfen wir in Zivilgesellschaft und Politik um einen **besseren Schutz von Frauen* vor körperlicher, sexueller, psychischer und ökonomischer Gewalt, deren Ursachen in patriarchalen Vorstellungen und Besitzdenken liegen** (vgl. Positionspapier „Gewaltschutz für Frauen und vulnerable Gruppen“ -

<https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/position-gewaltschutz-frauen-vulnerable-gruppen.pdf>).

Die politische Tragik dieser Sitzungswoche ist, dass der obige Tabubruch alles überlagert. So auch, dass noch über zahlreiche Gesetze abgestimmt wird, bei denen die Regierungs- und Oppositionsfraktionen einen Kompromiß gefunden haben. *„Das Gewalthilfegesetz kommt und damit auch der Rechtsanspruch auf Schutzplätze und Beratung. Der Bund beteiligt sich erstmalig an der Finanzierung des Gewalthilfesystems in einer Höhe von 2,6 Milliarden Euro. Der Rechtsanspruch bedeutet einen Paradigmenwechsel für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder. Der Bund übernimmt Verantwortung und wird die Länder in der Versorgung von gewaltbetroffenen Frauen finanziell unterstützen. Explizit wird damit auch die Hilfestruktur und die Prävention gestärkt. Seit Jahren ist die Situation in den Frauenhäusern und Beratungsstellen angespannt. Der Handlungsbedarf ist extrem groß. Laut dem Lagebild ‚Geschlechtsspezifische Gewalt‘ von 2023 begeht in Deutschland fast jeden Tag ein Mann einen Femizid.*

Knapp 400 Frauen am Tag wurden Opfer von Partnerschaftsgewalt. In den vergangenen Jahren sind diese Zahlen deutlich gestiegen: Nun handeln die Fraktionen von SPD, CDU/CSU und Grünen mit einem historischen Schulterschluss und lösen ein, was Fachverbände, die Zivilgesellschaft und Expertinnen und Experten seit Jahren fordern."

Ich stimme dem **Deutschen Frauenrat** zu, der von einer „Sternstunde für den Gewaltschutz“ (vgl. <https://www.frauenrat.de/sternstunde-fuer-den-gewaltschutz-parteien-machen-weg-fuers-gewalthilfegesetz-frei/>) spricht, aber auch die eklatanten Rückschritte im Vergleich zum Gesetzesentwurf kritisiert: Geplant war ein Rechtsanspruch auf Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, der explizit auch trans*, nicht-binäre und inter Personen einbeziehen sollte. Diese Gruppen sind besonders von Gewalt betroffen und bisher unzureichend geschützt. „Dass auf den letzten Metern transfeindliche Narrative das Gesetz prägen, ist empörend. Wer die breit angelegte Desinformationskampagne gegen trans* Personen mitträgt, nimmt in Kauf, dass diese Minderheit infolge noch mehr Gewalt und Diskriminierung erleiden wird und ihr Schutz allgemein als zweitrangig erachtet wird. In der nächsten Legislatur muss das umgehend revidiert werden“, so Sylvia Haller, Vorstandsmitglied des Deutschen Frauenrats und Leiterin des Fachausschusses „Gewalt gegen Frauen beenden“.

Progressive Bewegungen solidarisieren sich

Angesichts der anstehenden Bundestagswahl und zahlreicher beunruhigender politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im europäischen und außereuropäischen Ausland fällt es schwer, nicht pessimistisch zu werden. Doch gerade **JETZT brauchen wir demokratischen Optimismus**, brauchen wir eine entschlossene und mutige Zivilgesellschaft. Zunehmend mehr Menschen wollen sich gruppenübergreifend gegenseitig besser unterstützen, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und Gerechtigkeit für alle zu erreichen. Immer mehr Menschen erkennen, dass gesellschaftliche Solidarität nicht dadurch zu erreichen ist, indem wir andere Menschen ausschließen. Ein Gefühl von Zugehörigkeit, ein gemeinsames Wir erfolgt über Inklusion, indem die Interessen anderer auch meine Interessen sind. Politische Bildung ist wichtiger denn je. Sie befähigt Menschen, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen und den Wert von Vielfalt zu schätzen – eine zentrale Zukunftsaufgabe. Da auch die Akteur*innen politischer Bildung zunehmend unter Druck geraten und Träger und Einrichtungen angegriffen werden, ist bzw. wird es immer wichtiger, Teil eines starken Netzwerks zu sein.

Es ist Zeit, wieder solidarisch auf die Straße zu gehen und lauthals für Menschen- und Frauen*rechte, für Demokratie und Partizipation zu demonstrieren, u.a.

- **Winter-CSD 2025**

wann/wo: 15.2.2025, 5 vor 12, Scheidemannstraße / Bundestag

Mehr Infos unter: <https://csd-berlin.de/winter-csd-2025>

Unter dem Motto „Wähl Liebe – solange du noch kannst“ wird zur Wahl demokratischer Parteien am 23.2.2025 aufgerufen, die für Vielfalt, Toleranz und Gleichberechtigung in einer liberalen Demokratie eintreten.

- **Internationaler Frauen*kampftag 8. März 2025**

Für eine feministische Zukunft und ein solidarisches Jetzt!

Der Bündnisaufruf zum 8. März 2025 ist nachzulesen unter:

https://www.sexuelle-selbstbestimmung.de/media/2025/01/2025_03_08_Buendnisaufruf-und-Demokonsens-002.pdf

Last but not least:

- Der **Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung**

wird am 6. Februar 2025 um 11:15 Uhr veröffentlicht! In einem Frage-Antwort-System fasst er die verschiedenen Programme in Thesen zusammen und führt die Nutzer*in so durch die Parteiprogramme.

Mit feministischen Grüßen

Mechthild Rawert

I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin

Auch der BFB 1945 e.V. beschäftigt sich seit längerem mit der Herausforderung „**Wie stärken wir feministische Allianzen?**“ Denn wir wollen Frauen*rechte stärken, wollen eine solidarische Zukunft, die auf wirklicher Gleichstellung beruht und in der Rassismus, Sexismus und Diskriminierung schwindet. Intensiv befasst haben wir uns damit auf unserer Jubiläumsfeier 2024 (Dokumentation <https://berliner-frauenbund.de/jubilaeumsfeier-2024/>) und werden dieses in 2025 auch in **unseren (öffentlichen) Mitfrauenversammlungen** fortsetzen:

- **19.3. 2025**, 18 Uhr (öffentlich): Geschlechtergerechtes Haushalten in Berlin – Wo stehen wir heute?
Anmeldung unter: <https://berliner-frauenbund.de/events/>

Wir verstehen unsere Veranstaltungsangebote als eine Chance für gegenseitiges **individuelles aber auch organisationellem Empowerment für eine geschlechtergerechte Gesellschaft**, für den Ausbau von Netzwerkarbeit. Denn gerade in 2025 geht es darum, Stärke und Solidarität zu zeigen, in Netzwerken zu agieren – in der Zivilgesellschaft, der Politik bzw. den Zuwendungsgeber*innen gegenüber.

- **Sozialversicherungsstatus von Freien Mitarbeiter*innen**

Noch in dieser Woche erhält das SGB IV - Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – einen neuen Paragraphen 127. Der Bundesrat wird über diese Änderungen am 14.2.2025 entscheiden. Ab wann die damit verbundenen Neuregelungen in Kraft treten, kann ich noch nicht sagen.

Nachfragen können gerne an mich gerichtet werden.

II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten

- **Arbeitgeber*innenverband Beschäftigung, Bildung und Beratung in Berlin e. V. (AGV 4B)**

Bekanntermaßen ist der BFB 1945 e.V. Mitglied des AGV 4B. Der AGV 4B vertritt als Arbeitgeber*innenverband seit 2021 Unternehmen, die in Berlin in den Branchen Beschäftigung, Bildung und Beratung tätig sind. Insgesamt arbeiten in Berlin ca. 39.000 Beschäftigte in diesen Branchen, davon sind rund 70% Frauen. Die Branchen leiden unter schwierigen Rahmenbedingungen und die Tarifbindung ist sehr gering.

Die Sozialpartner wollen sicherstellen, dass der Wettbewerb in den Branchen über die Qualität und nicht über Kostendumping bei den Arbeitsbedingungen ausgetragen wird. Ein wichtiger Baustein ist hierfür ein allgemeinverbindlicher Branchentarifvertrag, der im Rahmen öffentlicher Förderung auch refinanziert wird.

Der AGV 4B hat sich an der Interessenbekundung im Rahmen der Förderrichtlinie zum ESF-Bundesprogramm „Wandel der Arbeit sozialpartnerschaftlich gestalten: weiter bilden und Gleichstellung fördern“ (ESF-Sozialpartnerrichtlinie) für sein Projekt „Stärkung des sozialpartnerschaftlichen Branchen-Dialogs Beschäftigung, Bildung und Beratung in Berlin“ beteiligt. Das Projekt soll vom 01.04.2025 bis 31.03.2028 durchgeführt werden.

Schwerpunkt des Projektes werden insbesondere Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen sowie Workshops sowohl für Arbeitgebende als auch für Arbeitnehmende von mit Hilfe öffentlicher Förderung in Berlin tätigen Unternehmen bzw. Organisationen (Betriebe) in den Branchen Beschäftigung, Bildung und Beratung sein. Es basiert also auf einem betrieblichen Ansatz, der die jeweiligen Interessen von Unternehmensleitung und Beschäftigten berücksichtigt.

Die Teilnahme an den Veranstaltungen des Projektes ist für die Betriebe und ihre teilnehmenden Personen kostenfrei. Die Gesamtdauer der Teilnahme an Veranstaltungen des Projektes soll je Person mindestens 6 Stunden umfassen.

Wenn Ihr Fragen habt, nehmt bitte Kontakt mit dem AGV 4B-Vorstand auf:

- vorstand@agv4b.de

- Detlef Bischur, Co-Vorsitzender: 0176 24573015

Mechthild Rawert ist am 16.01.2025 als Co-Vorsitzende des AGV 4B zurückgetreten.

- **Landesfrauenrat Berlin: Internationalen Frauentag als Feiertag abschaffen?**

Wir begrüßen die nachdrückliche Unterstützung des Berliner Landesfrauenrates von Senatorin Cansel Kiziltepe, SenASGIVA, die sich gegen die von Alexander Schirp, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), im Tagesspiegel vom 7.1.2025 erhobene Forderung, den „Frauentag zu flexibilisieren“ und jeweils auf einen Sonntag im März zu legen, gewandt hat. Cansel Kiziltepe: „Am 8. März demonstrieren weltweit Frauen für ihre Rechte.“

„Dieser Tag wurde in Berlin als Feiertag erkämpft und erinnert an den Aufstand der Textilarbeiterinnen in New York 1857.“ Wer diesen wichtigen Kampftag infrage stellt, nimmt Frauen*rechte nicht ernst genug und ignoriert die zunehmende Gewalt an Frauen.

- **ÜPFI: Dokumentation zur Kooperationsveranstaltung zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November 2024 im Abgeordnetenhaus von Berlin**

Die Dokumentation zur Kooperationsveranstaltung „Häusliche Gewalt gegen Frauen: Sanktionslose Straftaten?!“ der ÜPFI anlässlich des Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (25.11.2024) im Abgeordnetenhaus von Berlin liegt nun vor und kann nachgelesen werden unter:

<https://www.berlin-stadtderfrauen.de/internationalen-tages-zur-beseitigung-von-gewalt-gegen-frauen-am-25-november-2024> .

- **Bündnis Gemeinsam gegen Sexismus und sexuelle Belästigung**

Als eine der über 770 Mitgliedsorganisationen des Bündnisses möchten wir hinweisen auf:

- die kostenfreie Print On Demand-Ausstellung „Gemeinsam gegen Sexismus“:
<https://gemeinsam-gegen-sexismus.de/ausstellung/> Diese ist auch in Leichter Sprache verfügbar.
- Die Dokumentation des Fachforum gegen Sexismus in der Arbeitswelt „Bekämpfung von Sexismus am Arbeitsplatz – Ein Beitrag gegen den Fachkräftemangel?“ ist erschienen. Gemeinsam gegen Sexismus vorzugehen und ein geschlechtersensibles Betriebsklima zu fördern, kann ein wichtiger zusätzlicher Baustein für Unternehmen sein, um gute Fachkräfte zu gewinnen und zu halten:
<https://gemeinsam-gegen-sexismus.de/fachforum-gegen-sexismus-in-der-arbeitswelt-bekaempfung-von-sexismus-am-arbeitsplatz-ein-beitrag-gegen-den-fachkraeftemangel/>
- In Zusammenarbeit mit Partner*innen aus der Branche hat das Bündnis 15 neue Maßnahmen gegen Sexismus am Arbeitsplatz insbesondere für KMU entwickelt:
<https://gemeinsam-gegen-sexismus.de/materialien/>

- **Weil soziale Arbeit wirkt! Leitfaden für Wirkungsorientierung in der sozialen Arbeit anhand des Paritätischen Wirkungsmodells**

Wie häufig fragen wir nach der Wirkung von sozialer Arbeit? Der Paritätische Berlin strebt mit dem Einsatz für mehr Wirkungsorientierung in der sozialen Arbeit an, die unterstützende und präventive Wirkung sozialer Arbeit sichtbar zu machen. Daher hat er diesen Leitfaden entwickelt und Praxiserfahrungen und Erkenntnisse der letzten Jahre hier gebündelt: https://www.paritaet-berlin.de/fileadmin/user_upload/redaktion/pdf/2024/11_24/2024_Publikation_WeilsozialeArbeitwirkt_Web.pdf

III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter

Datum / Ort	Thema	Häufig ist eine Anmeldung notwendig / Link
31.01.2025, 17:30 bis 19:00 Uhr in der Villa Rix	<p>Fachgespräch „Sichere Wohnungen für Frauen, die von Gewalt betroffen sind“</p> <p>Mit Hakan Demir, MdB, Frau Staatssekretärin Micha Klapp und Herrn Staatssekretär Stephan Machulik</p>	<p>Anmeldung für die noch freien 5 Plätze bis Donnerstag um 10:30 Uhr unter hakan.demir@bundestag.de bzw. 030 / 227 756 55</p>
04.02.25 in Bonn	<p>Zukunftsorientiert weiterbilden. Die Transformation nachhaltig gestalten</p> <p>Fachtagung des Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB zur Anpassung der beruflichen Weiterbildung an die Herausforderungen der nachhaltigen Transformation von Wirtschafts- und Arbeitswelt.</p>	<p>Informationen und Anmeldung: https://www.bibb.de/de/200119.php</p>
5. Februar 2025, 19:00 Uhr Theater Morgenstern, Rheinstr. 1, 12159 Berlin-Friedenau	<p>„20 Jahre nach Hatun Sürücü – Frauenrechte im Fokus: Was hat sich verändert?“</p> <p>Gemeinsam wollen wir zurückblicken, die aktuelle Situation betrachten und diskutieren, welche Fortschritte es in den vergangenen zwei Jahrzehnten in der Gleichstellung und im Kampf für Frauenrechte gegeben hat.</p> <p>Podiumsdiskussion mit Micha Klapp, Staatssekretärin für Arbeit und Gleichstellung Udo Martens, Autor und weiteren Gästen Moderation: Swantje von Massenbach</p> <p>Im Anschluss an die Diskussion zeigen wir den Film „Nur eine Frau“, der das Schicksal von Hatun Sürücü in den Fokus rückt und eine eindringliche Reflexion geschlechtsspezifische Gewalt, Freiheit und Selbstbestimmung bietet.</p> <p>Auch 20 Jahre später bleibt geschlechtsspezifische Gewalt ein drängendes Problem, das tief in unserer Gesellschaft verankert ist. Femizide, die extremste Form dieser Gewalt, sind Ausdruck von</p>	<p>Kostenfreie Anmeldung bitte hier: https://pretix.eu/morgenstern/hatuns</p> <p>Eintritt frei – Spenden für den WEISSEN RING e.V. sind herzlich willkommen.</p>

	<p>Hassverbrechen und männlicher Dominanz. Gemeinsam mit unseren Gästen möchten wir zurückblicken, die Gegenwart betrachten und darüber diskutieren, welche Fortschritte in den letzten zwei Jahrzehnten im Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt erzielt wurden. Wie können Prävention und Sensibilisierung gestärkt werden? Welche Maßnahmen sind notwendig, um Betroffene besser zu unterstützen und ein gesellschaftliches Umdenken zu fördern? Diese und weitere Fragen möchten wir gemeinsam erörtern.</p>	
<p>Donnerstag, dem 06.02.2025, um 18:00 Uhr, im Besucherzentrum CHECK-IN des Tempelhofer Flughafens, Platz der Luftbrücke 5, C2 12101 Berlin</p>	<p>Gedenkveranstaltung anlässlich der 20. Jährgung des Femizids an Hatun Sürücü Hatun Sürücü wollte nur eins: ihr gutes Recht auf ein freies Leben. Sie wagte den Schritt, aus dem ihr von der Familie vorgegebenen Rollenbild auszubrechen – und musste letztlich dafür mit dem Leben bezahlen. Dieser schreckliche Femizid ist immer noch unfassbar und gleichzeitig Mahnung an uns alle. Wir dürfen es nicht tolerieren, dass auch heute noch Mädchen* und Frauen* Angst vor Gewalt oder sogar vor dem Tod haben müssen, weil sie ein freies, selbstbestimmtes Leben führen möchten. Zur Veranstaltung laden ein die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten von Neukölln und Tempelhof-Schöneberg.</p>	<p>Anmeldung bis zum 31. Januar 2025 per E-Mail an gleichstellungsbuero@ba-ts.berlin.de</p> <p>Rückfragen bitte bei Cleo Meinhold +49 30 90277 3642 + 49 151 27519214</p>
<p>Freitag, 7. Februar 2025 um 12:00 Uhr am Gedenkstein für Hatun Sürücü Oberlandgarten 1 / Ecke Oberlandstraße, 12099 Berlin</p>	<p>Stille Gedenkveranstaltung an Hatun Sürücü</p>	<p>Mehr Infos zum Gedenken an Hatun Sürücü - Veranstaltungen zum 20. Todestag des Femizids am 6. und 7. Februar 2025 https://www.berlin.de/ba-neukoelln/aktuelles/presse-mitteilungen/2025/presse-mitteilung.1524940.php</p>
<p>11.02.25 in Berlin</p>	<p>Gute Bildung in der Einwanderungsgesellschaft Fachtagung des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unter der Frage, wie das Bildungssystem weiterentwickelt werden muss, um der vielfältigen Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden und ihre Bildungspotenziale zur Entfaltung zu bringen.</p>	<p>Nähere Informationen folgen unter https://www.bmbf.de/DE/Bildung/Integration/integration_node.html</p>

<p>Mittwoch, 12.02.2025, 10:00 bis 11:00 Uhr, per Videokonferenz.</p>	<p>Online: „Orientierung gesucht: Wie es unserer Gesellschaft vor den Neuwahlen geht“ – Vortrag und Diskussion mit More in Common</p> <p>Grundlage ist die von More i Common https://www.moreincommon.de/ in 09/10 2024 durchgeführte Befragung. Die Studie analysiert, welche Zukunftswünsche die Menschen in Deutschland kurz vor der Bundestagswahl 2025 haben. Mit dem Ziel, Ansatzpunkte für die Zukunftsgestaltung für die Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Medien aufzuzeigen, beleuchtet More in Common auch die Perspektiven des sogenannten „unsichtbaren Drittels“ in der Gesellschaft.</p> <p>Der Vortrag geht auch auf die Ergebnisse der Grundlagenstudie „Die andere deutsche Teilung“ ein, in der sechs gesellschaftliche Typen identifiziert wurden, die Trennlinien und Dynamiken unserer Gesellschaft beschreiben.</p>	<p>ANMELDUNG: https://pretix.eu/paritaetberlin/NW1/</p> <p>Mehr Informationen</p> <p>Ergebnisse und Download der Studie „Orientierung gesucht: Wie es unserer Gesellschaft vor den Neuwahlen geht“ https://www.moreincommon.de/studieneuwahlen/</p> <p>Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft https://www.dieandereteilung.de/</p>
<p>Donnerstag, 13. Februar 2025 um 19.00 Uhr (!) Klingel: Erkelenzdam 51, Gemeinschaftsraum (Erdgeschoss) links, 10999 Berlin</p>	<p>„Geschichtssalon im Beginenhof* Vortragsabend mit Diskussion „Her mit dem allgemeinen Wahlrecht für alle“</p> <p>Am 12. November 1918 erklärte der Rat der Volksbeauftragten im Zuge der revolutionären Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg: »Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht (...) für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen«. Mit dieser Formulierung war eine Forderung der Frauenbewegung erfüllt. ... - ein langer Geschlechter- und Klassenkampf. Und dennoch sind wir in Deutschland über 100 Jahre später noch immer weit davon entfernt, dass wirklich alle Personen wählen dürfen.</p> <p>In der Veranstaltung wollen wir den historischen Blick mit aktuellen Kämpfen in Beziehung setzen.</p> <p>Mit: Gisela Notz (Historikerin und Sozialwissenschaftlerin) und Sanaz Azimipour (Autor*in und Aktivist*in u.a. von »Nicht ohne uns 14 Prozent«).</p>	<p>Anmeldung erbeten unter gisela.notz@t-online.de . Der Eintritt ist frei.</p>

<p>14.2.2025, Start 17:30. Ende 18:15. Brandenburger Tor</p>	<p>One Billion Rising - eine Milliarde Menschen erheben sich mittels des Tanzes gegen Gewalt an Mädchen und Frauen. Rise For Freedom. Frauen und Männer, Mädchen und Jungen, Menschen jeglichen Geschlechts gehen solidarisch mit jeder dritten Frau, die in ihrem Leben Gewalt erfahren hat, auf die Straße und fordern ein Ende der Gewalt und Unterstützung für die Opfer. Jocelyn B Smith, Lucille Mareen und Alex von Stella Rockt werden live performen!</p>	<p>Kommt mit Vielen zur Dance Demo des Centre Talma der GSJ Berlin am Brandenburger Tor! Macht eure Einrichtung auf Bannern und Demoschildern etc. sichtbar.</p>
<p>15.2.2025, 5 vor 12, Scheidemannstraße / Bundestag</p>	<p>„Wähl Liebe“: CSDs starten Kampagne zur Bundestagswahl – 25 Demonstrationen geplant</p> <p>CSD-Vereine aus ganz Deutschland warnen vor Rückschritten für die queere Community.</p> <p>warnen sie vor Rückschritten für die queere Community und rufen zur Wahl demokratischer Parteien auf, „die für Vielfalt, Toleranz und Gleichberechtigung eintreten“, wie es in einer Mitteilung des Dachverbands CSD Deutschland heißt. Mit der Kampagne sollen Wähler*innen für die Rechte der queeren Community sensibilisiert werden.</p>	<p>Weitere Infos unter https://www.waehlliebe.de/demonstrationen/</p>
<p>19.02.2025, 12.00–13.00 Uhr</p>	<p>Online: Klima am Mittag: Transformation braucht Beteiligung Hitzetote, Extremwetterereignisse, Rekorde bei erneuerbarer Energiegewinnung, Diskussionen um den Ausbau von Windkraft etc. – längst sind Themen rund ums Klima mediale Fixpunkte und in der Mitte des gesellschaftspolitischen Diskurses angelangt. Die Leiterin des FES Kompetenzzentrums JustClimate gibt Einblicke in aktuelle Entwicklungen in Brüssel und diskutiert mit wechselnden Gästen sowie dem Publikum rund um das Thema Klima und Transformation.</p>	<p>Mehr Infos und Anmeldung unter https://www.fes.de/oas/portal/pls/portal/filefunctions.download/PLAKON/VERANSTALTUNG/281313/F-1120866304/FES%20Programm%20-%20Klima%20am%20Mittag_19.2.pdf</p>
<p>Mittwoch, 19. Februar 2024 von 18:00 – 20:30 Uhr am FPZ</p>	<p>Vortrag: Medizinische Möglichkeiten für trans* Menschen mit Kinderwunsch Vorkenntnisse sind nicht erforderlich und es wird ausreichend Zeit für Fragen</p>	<p>Weitere Infos: https://www.fpz-berlin.de/A6-Karte-</p>

	<p>und Diskussion geben. Der Vortrag richtet sich als Peer-to-Peer-Veranstaltung vorrangig an TINA* Personen. Beziehungs- oder Begleitpersonen sowie Allys sind herzlich willkommen.</p>	<p>hoch trans Kinderwunsch Februar-pdf-1471275.pdf</p>
<p>19.02.2025, 20:00 Uhr Pfefferberg Theater Schönhauser Allee 176, 10119 Berlin</p>	<p>Buchpremiere: Zu anders für die Macht? Wie mutige Frauen für Gleichberechtigung in der Politik kämpfen - ein EAF-Buch herausgegeben von Tannaz Falaknaz, Stefanie Lohaus und Cécile Weidhofer</p> <p>Warum sind wir nicht längst gleichberechtigt? Die Gleichberechtigung in der Politik stagniert. Zu wenige Frauen gehen in die Politik oder sind an Entscheidungsprozessen beteiligt. Kommunikationsformen, digitale Hetze, Sexismus, Ellenbogenmentalität, eine intransparente Ämtervergabe und intersektionale Diskriminierung sowie die fehlende Vereinbarkeit von Mandat und Sorgearbeit schrecken ab.</p> <p>Mandatsträgerinnen und engagierte Frauen analysieren in diesem Sammelband die Probleme und teilen ihre Erfahrungen. Die Autorinnen formulieren eine politische Agenda für mehr Gleichberechtigung und zeigen, wie es anders geht.</p>	<p>Tickets sind hier erhältlich: https://pfefferberg.billeteo.net/basket/event/39/-2056869009</p> <p>Kontakt für Menschen mit Beeinträchtigung: kasse@pfefferberg-theater.de oder 030. 51 56 66 8 66.</p> <p>Weitere Informationen zur Veranstaltung unter: https://pfefferberg-theater.de/spielplan/kalender/</p>
<p>21.02.2025, 17.30 Uhr bis 19.30 Uhr</p> <p>Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Badensche Str. 52, Haus A 10825 Berlin, 5. Stock (ehemalige Cafeteria) – mit Aufzug</p>	<p>1. ÜPFI-Salon am 21. Februar 2025 Das Programm der Trump Administration: Kontinuität oder Wandel?</p> <p>Geplant ist der Salon im Abstand von 6 bis 8 Wochen. Interessierte Mitfrauen und ihre Gäste haben Gelegenheit, sich zu einem aktuellen frauenpolitischen Thema in informeller Runde auszutauschen. Die Veranstaltung sollte auf etwa eine gute Stunde begrenzt sein. Eingangs ist ein als Diskussionsanreiz gedachter kurzer informativer Input angedacht, um dann eine offene Diskussion zu ermöglichen. Im Anschluss gibt es die Möglichkeit zum Beisammensein. Themen und weitere Impulsgeberinnen entscheiden in der Folge die Salonteilnehmerinnen.</p>	<p>Anmeldungen bitte bis zum 18.02.2025 an Frau Carl unter hmi@hwr-berlin.de</p>

<p>Vom 25.-26.02.25 findet in Berlin</p>	<p>Gleichstellungsforum 2025: Zeit für Weiterbildung! Dies wird von der Hans-Böckler-Stiftung organisiert. Thema der Veranstaltung ist die betriebliche Weiterbildung, die angesichts der sozial-ökologischen und digitalen Transformation aus Geschlechter- und Zeitperspektive betrachtet wird.</p>	<p>Informationen und Anmeldung https://www.hugo-sinzheimer-institut.de/aktuelle-veranstaltungen-18181-gleichstellungsforum-2025-zeit-fuer-weiterbildung-62127.htm</p>
<p>27. Februar 2025 ab 16 Uhr Große Hamburger Straße / Rosenstraße</p>	<p>Gedenken an die »Fabrik-Aktion« und den Protest in der Rosenstraße Die Worte des Gedenkens vor der Skulptur von Ingeborg Hunzinger, Rosenstraße, Berlin-Mitte wird in diesem Jahr Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, sprechen.</p>	<p>Weitere Informationen unter: https://www.stiftung-denkmal.de/aktuelles/gedenken-an-die-fabrik-aktion-und-den-protest-in-der-rosenstrasse-10/</p>
<p>Save the date March 4, 2025 Berlin, Germany</p>	<p>Feminist Migration Policy: Taking Stock and Building Alliances for Gender-Responsive Migration Governance This one-day event, coinciding with Equal Care Day 2025, will bring together diverse stakeholders to explore the intersections of gender, global labor migration, and the protection of migrant women’s rights. The conference will serve as a platform to strengthen alliances, discuss lessons learned and explore approaches to feminist migration policy from an intersectional perspective.</p>	<p>E-Mail: contact@fmp-event.de</p>
<p>Freitag, den 07. März 2025, 18.00 Uhr im Roten Rathaus Berlin</p>	<p>Festveranstaltung: Berliner Frauenpreises 2025 an Beatrice Wrenger Die Preisträgerin erhält die Auszeichnung für ihre Vorbildfunktion als erste Wachleiterin der Berliner Feuerwehr.</p>	<p>Bitte melden Sie sich bis zum 21. Februar 2025 online an unter www.berlin.de/frauenpreis-anmeldung</p> <p>Nähere Informationen unter www.berlin.de/frauenpreis</p>
<p>Preisverleihung Freitag, 07. März, ab 19.00 Uhr. Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin</p>	<p>Anne-Klein-Frauenpreis 2025 an Darya Afanasyeva, Irina Alkhovka und Julia Mickiewicz aus Belarus</p> <p>Mit dem Anne-Klein-Frauenpreis ehrt die Heinrich-Böll-Stiftung Frauen, die mutig und hartnäckig für Menschenrechte, Gleichberechtigung</p>	<p>Anmeldung unter https://calendar.boell.de/de/event/anne-klein-frauenpreis-2025-darya-afanasyeva-irina-alkhovka-und-julia-mickiewicz-aus-belarus Oder im Livestream unter</p>

	<p>und sexuelle Selbstbestimmung eintreten. Er ist mit 10.000 Euro dotiert. Die Jurybegründung, Kurzbiografien, Porträts und Fotos der Preisträgerinnen finden Sie hier: https://www.boell.de/de/anne-klein-frauenpreis-2025-darya-afanasyeva-irina-alkhovka-und-julia-mickiewicz-aus-belarus</p>	
<p>Mittwoch, den 19.03.2025, 18 Uhr Berliner Frauenbund 1945 e.V., Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin</p>	<p>Geschlechtergerechter Haushalt in Berlin - Wo stehen wir heute? Der Berliner Landeshaushalt ist ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Umsetzung gesellschaftspolitischer Zielsetzungen. Dazu gehören laut Berliner Verfassung auch die demokratischen Herausforderungen der Beseitigung von Diskriminierung und die Herstellung und Sicherung von Gleichstellung und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Bei der Aufstellung der Haushaltspläne und Mittelverwaltung auf Landes- und Bezirksebene ist somit zwingend eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung umzusetzen. Insbesondere in Jahren von Haushaltskürzungen braucht es nach Meinung des BFB 1945 e.V. Antworten zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wie erfolgt eine messbare und wirkungsorientierte Ressourcenverteilung zur Implementierung von Geschlechtergerechtigkeit bereits im Prozess der Haushaltsaufstellung? Welche Best Practise-Beispiele gibt es in Berlin? Wie greift das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm (GRP) diese Herausforderungen auf? - Welche Einflussmöglichkeiten haben zivilgesellschaftliche (Frauen-) Organisationen bei der Stärkung eines geschlechtergerechten Haushaltes für Berlin? - Wie gewährleisten der Haushaltsgesetzgeber, sprich die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses, eine geschlechtergerechte, bedarfsorientierte und transparente Haushaltssteuerung? <p>Darüber wollen wir diskutieren u.a. mit</p>	<p>Bitte frühzeitig anmelden unter https://berliner-frauenbund.de/events/</p>

	<ul style="list-style-type: none"> • Dr. Mara Kuhl, Alexander Klose, Leitstelle für Geschlechtergerechte Haushaltssteuerung in der Senatsverwaltung für Finanzen • Lars Rauchfuß, MdA, Mitglied der AG Geschlechtergerechte Haushaltssteuerung • Dr. Gabriele Kämper, Abteilung Frauen und Gleichstellung, Sen ASGIVA <p>Moderation: Mechthild Rawert, Berliner Frauenbund 1945 e.V.</p>	
<p>Mittwoch, den 26. März 2025</p> <p>von 15:00 h bis 18:30 h</p> <p>in der Startbahn Berlin, Genzarethkirche, Herrfurthplatz 14 in 12049 Berlin</p>	<p>"In die Offensive kommen!" Potenziale für Bündnisse gegen soziale Kürzungen erschließen"</p> <p>Um Potenziale für neue Bündnisse gegen die sozialen Kürzungen und Streichungen in Berlin zu erschließen und in die Offensive zu kommen, lädt die Fachgruppe Armutsbegriff der Landesarmutskonferenz Berlin gemeinsam mit der Genzarethkirche zu einer Fachveranstaltung nach Neukölln ein.</p>	<p>Das Anmeldeverfahren zur kostenfreien Veranstaltung mit fachlichem Input sowie einem offenen Austausch im Fish Bowl-Format startet in der zweiten Februarhälfte.</p>
<p>20. und 21.03.25 in Berlin</p>	<p>Innovativ – Exzellent – Sichtbar: Frauen in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft</p> <p>„Innovative Frauen im Fokus“ (meta-IFiF) veranstalten eine Fachtagung, in der es um Lösungen aus Wissenschaft und Praxis zur Erhöhung der Sichtbarkeit und Repräsentanz von innovativen Frauen geht.</p>	<p>Informationen und Anmeldung https://www.innovative-frauen-im-fokus.de/fachtagung-2025/</p>
<p>27. März 2025 um 18 Uhr Variété Salon - ufaFabrik Internationales Kulturzentrum Viktoriastrasse 10-18, 12105 Berlin</p>	<p>Frauenpolitischer Empfang 2025 Tempelhof-Schöneberg</p>	<p>mit Kinderbetreuung Erforderliche Anmeldung an: gleichstellungsbuero@ba-ts.berlin.de</p>
<p>Samstag, den 29. März 2025, 10 bis 18 Uhr</p> <p>Wo: DGB, Keithstraße 1, 10787 Berlin</p>	<p>Bildet Banden!-Tag von "Was verdient die Frau?"</p> <p>Dich erwarten inspirierende Impulse und praktische Workshops sowie ganz viele Möglichkeiten zum Austausch. Melde dich direkt an!</p>	<p>Mehr Infos und Anmeldung unter: https://www.was-verdient-die-frau.de/bandentag Innovativ – Exzellent – Sichtbar: Frauen in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft Am 20. und 21.03.25 veranstaltet „Innovative Frauen im Fokus“ (meta-IFiF) eine Fachtagung in</p>

		Berlin, in der es um Lösungen aus Wissenschaft und Praxis zur Erhöhung der Sichtbarkeit und Repräsentanz von innovativen Frauen geht. Informationen und Anmeldung
12.06.2025 ab 09 Uhr bis 15 Uhr im Rathaus Schöneberg	„Fachtag Intersektional - Diverse Arbeitswelt hier und jetzt?!“ von den Beauftragten des BA Tempelhof-Schöneberg Dabei liegt der diesjährige Schwerpunkt auf den Chancen einer diversen Arbeitswelt. Angeboten werden Workshops sowie ein Output von Teresa Bücken an Nachmittag.	
24. und 25. Oktober 2024 in Berlin	Theodor-Heuss-Kolloquium 2024: Über den Glauben zur Politik. Religion und politisches Engagement von Frauen Untersucht wird, inwieweit Religion Frauen zu politischem oder gesellschaftlichem Handeln motivierte. Dabei wird die Rolle unterschiedlicher Religiositäten von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis heute in den Blick genommen.	Weitere Informationen: https://www.theodor-heuss-haus.de/forschung/theodor-heuss-kolloquium

IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischen Umfeld

- **Regierungsmonitor Verfolgen Sie die Umsetzung wichtiger Maßnahmen der Bundesregierung**

Herzlich willkommen auf den Seiten des Regierungsmonitors! Hier können Sie sich über die Umsetzung wichtiger Maßnahmen der Bundesregierung informieren. Entdecken Sie selbst, woran die Bundesregierung aktuell arbeitet, was bereits vom Bundeskabinett beschlossen wurde und welche Gesetze schon in Kraft getreten sind. Der Regierungsmonitor wird einmal im Monat aktualisiert.

Weiter Lesen: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/regierungsmonitor?f=2128796%3A2128846>

- **Selbsttest: „Bin ich Feminist*in“ „Bin ich feministisch?“**

Gemeinsam mit dem Bundesforum Männer hat die BAG – Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen den Selbsttest "Bin ich feministisch?" entwickelt. Auf spielerische Art und Weise kann jede*r überprüfen, ob noch Menge Luft nach oben ist oder die Person schon ein Vorbild in Sachen Feminismus ist. Dieser interaktive Test bietet eine einfache Möglichkeit, sich kritisch mit der eigenen

Haltung auseinanderzusetzen und festgefahrene Denkmuster und Stereotype zu hinterfragen und dazu jede Menge Hintergrundinfos zu feministischen Themen.

Link zum Selbsttest: <https://bist-du-feministisch.de/>

Der Selbsttest ist mehr als nur ein Fragebogen – er ist ein Werkzeug, das Denkanstöße gibt und Wissen vermittelt. Mit gezielten Fragen zu Themen der Gleichstellung zeigt er auf, wo man selbst steht, und liefert zusätzliche Informationen, um das Verständnis zu vertiefen. Ziel ist es, eine breite Öffentlichkeit anzusprechen und das Bewusstsein für die Bedeutung von Gleichstellung und Feminismus in unserem Alltag zu fördern. Der Link kann gerne geteilt und gepostet werden.

- **Bundestag verzichtet auf Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts**

Zum Jahresende 2024 teilte die Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung« ihre Ernüchterung über das Schicksal der Gemeinnützigkeitshoffnungen für die ablaufende Legislatur. Anlass war, dass das »Gesetz zur Fortentwicklung des Steuerrechts und zur Anpassung des Einkommensteuertarifs (Steuerfortentwicklungsgesetz – SteFeG)« zwar am 19. Dezember 2024 den Bundestag und am 20. Dezember den Bundesrat passierte, doch ohne irgendwelche Änderungen im Gemeinnützigkeitsrecht. Sich vor allem auf Steuerfreibeträge und Kindergeld zu einigen, war der Kompromiss zwischen der Rest-Koalition aus SPD und Grünen mit der FDP, dem dann auch CDU/CSU beistimmten. Stefan Diefenbach-Trommer schreibt: »Die demokratischen Parteien haben es in der Hand, die Zivilgesellschaft als demokratische Institution zu schützen. Warme Sätze in Wahlprogrammen reichen nicht.«

Weitere Informationen: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/bundestag-verzichtet-auf-modernisierung-gemeinnuetzigkeit/>

- **Hohe Zahl an Diskriminierungsfällen unterstreicht dringenden Handlungsbedarf**

Die hohe Zahl an Diskriminierungsfällen unterstreicht nach Ansicht des Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) den dringenden Handlungsbedarf. Hierzu hat die Organisation am 15. Oktober 2024 ein "Zivilgesellschaftliches Lagebild Antidiskriminierung 2023" veröffentlicht und vorgestellt. Im Jahr 2023 wurden rund 2.600 neue Fälle von Diskriminierung gemeldet – und das allein bei zwei Dritteln der Antidiskriminierungsberatungsstellen im advd in 11 Bundesländern. Das erste "Zivilgesellschaftliche Lagebild Antidiskriminierung" des Antidiskriminierungsverbands Deutschland unterstreicht damit: Diskriminierung ist kein Randphänomen, sondern trifft viele Menschen in allen Lebensbereichen. Das AGG als zentrales Antidiskriminierungsgesetz greift in einem erheblichen Teil der Fälle nicht. Deshalb fordert der advd: Die von der Regierung versprochene AGG-Reform muss endlich umgesetzt werden.

Weiter lesen:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/20241015_lagebericht_advd.html

- **Unsichtbare Behinderungen**

Unsichtbare Behinderungen sind Beeinträchtigungen, die von außen nicht sofort erkennbar sind, aber für die Betroffenen erhebliche Auswirkungen auf ihr tägliches Leben haben. Dazu zählen Erkrankungen wie beispielsweise Krebs, Multiple Sklerose, Diabetes oder Epilepsie sowie psychische Erkrankungen wie Depressionen, bipolare Störungen oder Angststörungen. Auch Lernschwierigkeiten, Gehörlosigkeit, chronische Schmerzen, Hirnverletzungen und Autismus gehören dazu. Schätzungsweise lebt etwa eine von zehn Personen mit einer unsichtbaren Behinderung.

Weiter lesen: <https://barrierefrei-magazin.de/artikel/unsichtbare-behinderungen/>

- **Dokumentation der Online-Konferenz „15 Jahre UNBRK in Deutschland ...“**

Die Vorträge der sehr guten Online-Konferenz „15 Jahre UNBRK in Deutschland ...“ sind nun ebenfalls online, u.a.:

- „Die Pflichten aus der UN-BRK für eine menschenrechtsbasierte Leistungserbringung zum Selbstbestimmten Leben“ von Dr. Viktoria Przytulla, Monitoring-Stelle UN-BRK, & Prof. Dr. Kathrin Römisch, BODYDYS (PDF und nur Text)
- „Menschenrechtsbasierte Leistungserbringung“ von Prof. Dr. Albrecht Rohrmann, Universität Siegen, ZPE (barrierefreie PDF)

Außerdem gibt es alle Hintergrund-Dokumente und ergänzende Informationen zum Download zusammengestellt: <https://www.bodys-wissen.de/termine/15-jahre-unbrk-am-10-12-2024.html#TD>

Alles zum Nachlesen: <https://www.bodys-wissen.de/termine/15-jahre-unbrk-am-10-12-2024.html#TD>

- Themenseite der Monitoringstelle zur **UN-BRK: "Rechte von Menschen mit Behinderungen und Wohnen"** unter: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/rechte-von-menschen-mit-behinderungen/wohnen>
- **30 Jahre Grundgesetzzusatz: Ökonomische Eigenständigkeit von Frauen ist überfällig**

„Die ökonomische Gleichstellung von Frauen und Männern ist überfällig. Nach 75 Jahren Grundgesetz und 30 Jahren Pflicht zur aktiven Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern brauchen wir endlich die partnerschaftliche Aufteilung unbezahlter Sorgearbeit, gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit und geteilte Führungspositionen in Politik und Wirtschaft“, fordern die 32 Mitgliedsorganisationen des Bündnisses Sorgearbeit fair teilen. „Equal Pay gibt es nur im Doppelpack mit Equal Care. Damit Frauen ökonomisch auf eigenen Beinen stehen können, muss unbezahlte Sorgearbeit partnerschaftlich geteilt werden.“

Die vollständige Pressemitteilung hier: <https://www.gleichberechtigt.org/30-jahre-zusatz-im-grundgesetz-%C3%B6konomische-eigenst%C3%A4ndigkeit-von-frauen-ist-%C3%BCberf%C3%A4llig>

- **FAIR SHARE of Women Leaders**

Dokumentation der ersten Folge unserer neuen Webinar-Reihe „Von Daten zu Taten!“, das am 17.12.2024 stattfand. Diskutiert wurde mit Dr. Petra Follmar-Otto (Leiterin der Abteilung Gleichstellung, BMFSFJ) und Dr. Hedda Ofoole Knoll (General Director, Employers for Equality) über die Bedeutung und Potenziale von intersektionalem Monitoring. Gemeinsam haben wir beleuchtet, warum es essenziell ist, die komplexen Realitäten (mehrfach-)marginalisierter Menschen sichtbar zu machen und wie Organisationen durch ein kritisches Hinterfragen von Machtstrukturen Vielfalt stärken können.

Weiter lesen: <https://vimeo.com/1040756411>

- **FORDERUNGEN DES BÜNDNISSES SORGEARBEIT FAIR TEILEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025**

Das Bündnis Sorgearbeit fair teilen appelliert an die Parteien, die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern endlich mit oberster Priorität umzusetzen.

Geschlechtergerechtigkeit beginnt mit der fairen Verteilung unbezahlter Sorgearbeit. Um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu stärken, muss die Übernahme von Sorgeverantwortung durch Männer gefördert werden. In der nächsten Legislaturperiode sind sechs Maßnahmen für die partnerschaftliche Verteilung unbezahlter Sorgearbeit endlich umzusetzen:

- Bezahlte Freistellungen für informelle Pflege
- 10 Tage Freistellung für Väter bzw. zweite Elternteile nach der Geburt eines Kindes mit vollem Entgeltersatz
- Partnerschaftliche Ausgestaltung des Elterngeldes
- Abschaffung der Lohnsteuerklasse V und Individualbesteuerung für alle
- Öffentliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen
- Schaffung von Rahmenbedingungen für geschlechtergerechte und sorgorientierte Arbeitszeitmodelle

Weiter Lesen: <https://www.frauenrat.de/forderungen-des-buendnisses-sorgearbeit-fair-teilen-zur-bundestagswahl-2025/>

- **Stellungnahme an das Bundesverfassungsgericht zum Thema Altersdiskriminierung**

Ist eine Altershöchstgrenze für Notare über 70 zulässig? In einem aktuellen Verfahren (1 BvR 1796/23) beschäftigt sich das Bundesverfassungsgericht mit der Verfassungsmäßigkeit einer gesetzlichen Altersgrenze für Notar*innen.

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/nl_02_2024/nl_02_aus_der_beratungspraxis_1.html

- **Wahrnehmungen zu Arbeitsbedingungen aus der Perspektive von Frauen und Männern**

Die Autorin eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung analysiert, inwiefern sich die Wahrnehmung von Erwerbsarbeit, den Arbeitsbelastungen und Arbeitsmerkmalen zwischen Männern und Frauen sowie Müttern und Vätern unterscheidet. Ihr Fazit: „Wenn Arbeitgeber*innen und Politik eine höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern anstreben, sollten Rahmenbedingungen der Erwerbsarbeit umfassend angepasst werden.“

FES diskurs Weiter lesen: <https://www.fes.de/themenportal-wirtschaft-finanzen-oekologie-soziales/artikelseite/eine-frage-des-geschlechts>

- **Geschlechtergerechtigkeit im Vergaberecht: Nicht nur grün, sondern auch gerecht**

Der Deutsche Juristinnenbund (djb) fordert in einer Stellungnahme zum „Vergabetransformationspaket“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz eine stärkere Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten: „Obwohl die Einführung sozialer Kriterien als Verbesserung zu werten ist, fehlen klare Vorgaben zur Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit.“

Stellungnahme: <https://www.djb.de/presse/stellungnahmen/detail/pm24-73?actbackPid=65&cHash=c9142df8fa13b40d276b799f229f42e0>

- **Umfassender und detailreicher Sozialbericht 2024 – Ein Datenreport für Deutschland**

Der Sozialbericht der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), dem Statistischen Bundesamt (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) liefert umfangreiche statistische Daten und sozialwissenschaftliche Analysen zu den aktuellen gesellschaftlichen

Entwicklungen in Deutschland. Die Zahlen zeigen unter anderem, dass sich die Ungleichheit und das Armutsrisiko kaum verändert haben.

Bericht:

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/11/PD24_416_p001.html

- **Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen - Leipziger Autoritarismus Studie 2024**

Wie haben sich rechtsextreme und autoritäre Einstellungen in Deutschland im Jahr 2024 verändert? Nehmen Vorurteile und Ressentiments in unsicheren Zeiten wieder zu? Und wie stehen die Deutschen heute zur Demokratie? Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 zeigt als repräsentative Langzeitstudie die Entwicklung von Einstellungen im Zeitverlauf auf und liefert Erklärungen.

Mehr lesen: <https://www.boell.de/de/2024/11/13/vereint-im-ressentiment-autoritaere-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen>

- **Schutz & Prävention im Ehrenamt**

Viele gesellschaftliche Veränderungen belasten den Zusammenhalt unserer Gemeinschaft stark. Die Kommunikation miteinander und untereinander wird zunehmend übergriffig und polarisierend. Betroffen sind nicht nur politische Mandatstragende, sondern auch engagierte Menschen, die vermehrt bedroht, eingeschüchtert und sogar angegriffen werden. Besonders Migrant:innenorganisationen und Organisationen von queeren Menschen berichten von wachsenden Sicherheitsbedenken und häufigen Gefährdungssituationen. Der Bedarf an Präventions- und Schutzmaßnahmen ist deutlich spürbar.

Im Pilotprojekt „Schutz- und Präventionsnetzwerk für das Ehrenamt“ arbeitet die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) mit fünf Dachverbänden zusammen, um gemeinsam passende Konzepte und konkrete Maßnahmen zu entwickeln. Die Ergebnisse werden Engagierten als Handreichungen online und als Printmaterialien zur Verfügung gestellt.

Weiter lesen: <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/schutz-und-praevention-im-ehrenamt/>

- **Bundesregierung beschließt ressortübergreifende Engagementstrategie**

Am Vorabend des Internationalen Tag des Ehrenamts hat die Bundesregierung in ihrer Kabinettsitzung am 4. Dezember 2024 die ressortübergreifende Engagementstrategie des Bundes beschlossen. Mit der Engagementstrategie will die Bundesregierung freiwilliges Engagement und die Rahmenbedingungen für Engagierte verbessern. Bundesministerin Lisa Paus: »Mit dieser Strategie setzen wir die Leitplanken für jede künftige Engagement-Politik des Bundes. Wir verbessern Beratung, Qualifizierung und Vernetzung und erleichtern den Zugang zu freiwilligem Engagement. Die Engagierten dieses Landes sind ein Garant für den demokratischen Zusammenhalt und sie verdienen einen verlässlichen Rahmen für ihre wertvolle Arbeit.« Die Strategie verfolgt fünf zentrale Ziele, darunter die Förderung von Vielfalt und die Stärkung des Engagements in Krisenzeiten. Ein besonderes Anliegen ist es zudem, den Zugang zum Engagement für alle Menschen zu erleichtern – unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialem Status. Auch die digitale Transformation des Engagements soll vorangetrieben werden. Alle zwei Jahre soll die Strategie überprüft und weiterentwickelt werden, um sicherzustellen, dass sie die Bedürfnisse der Zivilgesellschaft widerspiegelt. Die Strategie wird beim 9. Deutschen EngagementTag am kommenden Montag und Dienstag präsentiert und diskutiert werden (siehe Aktuelles aus dem BBE).

Beschlossene Engagementstrategie des Bundes:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/engagementstrategie-des-bundes-251454>

Weitere Informationen: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/engagement-staerken/engagementstrategie-des-bundes-222072>

Pressemitteilung:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/starkes-ehrenamt-braucht-starke-rahmenbedingungen-251538>

- **Bundesregierung beschließt Engagementbericht**

Die Bundesregierung hat in ihrer Kabinettsitzung am 4. Dezember 2024 den Vierten Engagementbericht zum Thema »Zugangschancen zum freiwilligen Engagement« beschlossen. Der Vierte Engagementbericht beleuchtet, wie soziale Unterschiede die Beteiligungsmöglichkeiten beeinflussen und zeigt, wie Staat und Zivilgesellschaft Barrieren abbauen können. Bundesministerin Lisa Paus: »Die deutsche Engagementlandschaft ist lebendig und vielfältig, und sie bewirkt unglaublich viel Gutes. Der Vierte Engagementbericht zeigt aber auch: Freiwilliges Engagement muss inklusiver werden! Wir brauchen einfache Zugangsmöglichkeiten zum Engagement und für gesellschaftliche Beteiligung. Politik und Zivilgesellschaft können dazu beitragen, dass wirklich alle, die sich engagieren wollen die Möglichkeit dafür bekommen.« Der Engagementbericht betrachtet unterschiedliche Parameter, die zu einem geringeren Engagement beitragen können, wie zum Beispiel finanzielle Hürden, Zeitmangel oder Diskriminierung. Ein Fokus liegt auf der Bedeutung von Partizipationserfahrungen in der Kindheit und Jugend für das spätere Engagement. Der Bericht empfiehlt unter anderem, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, um den Zugang zum Engagement zu erleichtern. Außerdem sollten Bürokratie abgebaut und neue, inklusive Organisationen gefördert werden. Der Engagementbericht wird beim 9. Deutschen EngagementTag am kommenden Montag und Dienstag präsentiert und diskutiert werden (siehe Aktuelles aus dem BBE).

Vierte Engagementbericht <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/ministerium/berichte-der-bundesregierung/engagementbericht-250332>

- **Internationaler Tag der Menschenrechte
Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen**

Das Deutsche Institut für Menschenrechte und das Bochumer Zentrum für Disability Studies fordern anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte am 10. Dezember konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des Rechts auf ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen.

„Auch 15 Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland können viele Menschen mit Behinderungen immer noch nicht selbst entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Laut UN-Konvention haben sie zwar das Recht, ihren Aufenthaltsort frei zu wählen und selbst zu entscheiden, wo und mit wem sie leben wollen. Faktisch werden aber insbesondere für Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen kaum Alternativen zu stationären Wohnformen angeboten“, sagt Leander Palleit, Leiter der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Instituts. Deshalb hat sich die Zahl der Menschen, die in Sondereinrichtungen leben, in den letzten 15 Jahren nicht verringert. Heute lebt immer noch knapp die Hälfte der Menschen, die Eingliederungshilfe beziehen, in institutionalisierten Wohneinrichtungen. „Das Bundesteilhabegesetz hat bisher nicht zur erhofften Deinstitutionalisierung geführt. Für stationäre Wohnformen werden nach wie vor deutlich mehr öffentliche Mittel aufgewendet als für Assistenz im eigenen Haushalt oder in Pflegefamilien“, kritisiert

Kathrin Römisch, Professorin für Heilpädagogik und Inklusive Pädagogik an der Evangelischen Hochschule Bochum und Leiterin des Bochumer Zentrum für Disability Studies. Sie fordert mehr Unterstützungs- und Assistenzleistungen, damit behinderte Menschen selbstbestimmt leben können.

Dazu haben auch die Vereinten Nationen immer wieder aufgefordert. 2022 sprach sich beispielsweise der UN-Sonderberichterstatter für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Gerard Quinn, für eine Umgestaltung der Leistungserbringung für Menschen mit Behinderungen aus. Auch der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen formulierte 2022 klare Leitlinien zur Deinstitutionalisierung und empfahl Deutschland bei der Staatenprüfung 2023, diese Leitlinien mit hoher Priorität und einer klaren Strategie umzusetzen.

- **Diversität in der Bundesverwaltung am Beispiel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Die Studie setzt sich mit Diversität und Antidiskriminierung in der Bundesverwaltung am Beispiel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auseinander. Ziel des Projekts war es, die Diversität und den Umgang mit ihr im Arbeitsalltag einer obersten Bundesbehörde umfassend entlang verschiedener Vielfaltsdimensionen zu erheben. Dabei geht das Verständnis von Vielfalt erstmals über die bisher in Studien verwendeten Dimensionen hinaus und bezieht alle im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschützten Diskriminierungsgründe mit ein. Damit ist das BMFSFJ das erste Ministerium, das an einer umfangreichen Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsstudie teilgenommen hat, in der die Schwachstellen und Kritikpunkte bisheriger Diversitätsstudien aufgegriffen werden. Die empirischen Ergebnisse ermöglichen es, Handlungsbedarfe zu identifizieren und darauf basierend Handlungsempfehlungen zu formulieren, die zur Gestaltung der Diversitätsstrategie und einer diversitätssensiblen Organisationsentwicklung genutzt werden können. Dabei geben die empirischen Ergebnisse Aufschluss zu den Bereichen Organisationskultur und -struktur, Personalentwicklung und Außenwahrnehmung des BMFSFJ durch potenzielle Arbeitnehmer*innen, Rekrutierung und Personalgewinnung.

ISBN: 978-3-948289-78-2

Studie weiterlesen: https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-6171.pdf

- **Unsichtbare Behinderung: Hilfsangebote und Austausch**

Um mit einer unsichtbaren Behinderung gut umgehen und leben zu können, gibt es einige Hilfen:

Rechtliche Unterstützung: Mit bestimmten Voraussetzungen besteht das Recht, einen Schwerbehindertenausweis zu beantragen. Dieser eröffnet Zugang zu staatlichen Förderungen und Vergünstigungen, darunter erhöhter Kündigungsschutz, zusätzlicher Urlaubsanspruch sowie Steuererleichterungen.

Anpassungen am Arbeitsplatz: Arbeitgeber sind verpflichtet, behindertengerechte Anpassungen bereitzustellen, wie etwa flexible Arbeitszeiten oder spezielle technische Hilfsmittel. Interessenvertretungen für Menschen mit Schwerbehinderung setzen sich für deren Rechte am Arbeitsplatz ein.

Hilfe zur Selbsthilfe: Zahlreiche Organisationen, Online-Communitys und Selbsthilfegruppen stehen für Austausch und Unterstützung zur Verfügung.

Sonnenblume als Symbol

Das Programm Hidden Disabilities Sunflower bietet Menschen mit unsichtbaren Behinderungen die Möglichkeit, ihre Bedürfnisse unauffällig kenntlich zu machen, indem sie ein Sonnenblumen-Symbol tragen. Dieses Zeichen wird in zahlreichen öffentlichen Einrichtungen anerkannt und kann dazu beitragen, dass sie im Alltag auf mehr

Verständnis und Unterstützung stoßen. Weitere Infos dazu finden Sie auch hier: <https://crpsselbsthilfe.de/willkommen/projekte-und-events/hidden-disabilities-sunflower/>

Mehr Lesen: <https://barrierefrei-magazin.de/artikel/unsichtbare-behinderungen/>

- **Förderperiode 2014-2020: Abschließender Gender Budgeting-Bericht des ESF-Bund**

Der Gender Budgeting-Bericht 2024 des Bundes-ESF schließt die Förderperiode 2014-2020 mit Blick auf das gleichstellungsorientierte Monitoring ab. Im Bericht werden Ausgaben- und Teilnahmeanteile von Frauen und Männern programm- und prioritätsachsenbezogen analysiert. Der zentrale Ergebniswert auf der Ebene des Operationellen Programms für Frauen beträgt 45,2 Prozent. Er bildet den Anteil an den Gesamtausgaben ab, der für Frauen in insgesamt 19 ausgewerteten ESF-Programmen auf Bundesebene verwendet wurde.

Bericht:

https://www.esf.de/portal/SharedDocs/Publikationen/gender_budgeting_bericht_2024.html

- **Gleichstellungs-Index 2024: Viel Luft nach oben**

Das Europäische Gleichstellungsinstitut (EIGE) hat den neuen Index veröffentlicht: Anhand von acht Gleichstellungsindikatoren werden Fort- und Rückschritte der 27 Mitgliedsländer der EU vorgestellt. Deutschland liegt im Ranking auf Platz 10 bei der Gesamtwertung, und somit lediglich 1 Prozentpunkt über dem EU-Durchschnitt.

EIGE-Index (engl.): <https://eige.europa.eu/gender-equality-index/2024/DE>

- **Strategierahmen für die ökonomische Gleichstellung 2030**

In einem Strategiepapier des Center for Responsible Research and Innovation (CeRRI) im Fraunhofer IAO werden Erkenntnisse vorgelegt, die den Weg zur ökonomischen Gleichstellung bereiten. Demnach braucht es ein verfassungsrechtliches Mandat, ein klares Ziel, Wissen über gesellschaftliche Werte und Wirklichkeiten und einen breiten gesellschaftlichen Konsens.

Strategiepapier weiter lesen: <https://www.wirtschaftlich-eigenstaendig.de/wp-content/uploads/2024/11/Strategierahmen-fuer-die-oekonomische-Gleichstellung-2030.pdf>

- **Einstellungen zu Geschlechterrollen in Deutschland**

Im Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist eine Studie zu den Geschlechterrollen in Deutschland veröffentlicht worden. Demnach haben Frauen tendenziell egalitärere Vorstellungen über die Rolle der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt als Männer. Das Frauenbild in Deutschland erweist sich überdies als modern, ist aber weniger egalitär als in den nordischen Ländern.

DIW-Wochenbericht weiter lesen:

https://www.diw.de/de/diw_01.c.925707.de/publikationen/wochenberichte/2024_46_3/einstellungen_zu_geschlechterrollen_sind_in_deutschland_im_laufe_der_zeit_egalitaerer_geworden.html

- **Words Matter: Supporting Gender Equality Through Language and Communication**

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) hat einen Leitfaden zu geschlechtergerechter Sprache veröffentlicht, in dem zahlreiche Beispiele für einen

inklusive Sprachgebrauch in verschiedenen Kommunikationsformaten zusammengestellt werden.

Leitfaden (engl.) <https://eige.europa.eu/publications-resources/toolkits-guides/words-matter>

- **Integrationsbericht: Deutschland ist ein vielfältiges Land**

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration hat den 14. Integrationsbericht an den Bundestag veröffentlicht. Der Bericht wurde vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) erstellt.

Bericht weiter lesen: <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/integrationsarbeit-in-den-bereichen/forschung-und-integration/14-integrationsbericht-teilhabe-in-der-einwanderungsgesellschaft-2315880>

- **Integrationsbarometer 2024: Leichte Abschwächung des positiven Trends**

In seinem Integrationsbarometer 2024 bildet der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) das Integrationsklima in Deutschland ab und erhebt Einschätzungen und Einstellungen zu integrations- und migrationspezifischen Themen.

Bericht weiter lesen: <https://www.svr-migration.de/publikationen/barometer/integrationsbarometer-2024/>

- **Ausbildung junger Menschen mit Behinderungen: Alles inklusiv?**

In „Arbeitsmarkt aktuell“ des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) ist eine Studie zur Ausbildungssituation junger Menschen mit Behinderungen erschienen. Untersucht wird darin, wie inklusiv die berufliche Ausbildung von jungen Menschen mit Behinderungen 15 Jahre nach Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist.

Studie weiter lesen:

https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Studien/Arbeitsmarkt_Aktuell/241125_Ausbildung_junger_Menschen_mit_Behinderungen.pdf

- **FAQ zum Barrierefreiheitsstärkungsgesetz**

Auf der Website der Bundesstelle Barrierefreiheit der Knappschaft Bahn See ist eine Sammlung häufig gestellter Fragen und Antworten zum Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) erschienen. Dieses Gesetz tritt ab dem 28. Juni 2025 in Kraft.

Website: https://www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de/DE/Fachwissen/Produkte-und-Dienstleistungen/Barrierefreiheitsstaerkungsgesetz/FAQ/faq_node.html

- **FAQ zum Selbstbestimmungsgesetz**

Zum Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG), das seit 01.11.24 in Kraft ist, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eine Sammlung häufig gestellter Fragen und Antworten veröffentlicht. Das Gesetz vereinfacht transgeschlechtlichen, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen eine Änderung ihres Geschlechtseintrags und ihres Vornamens im Personenstandsregister.

Website: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/queerpolitik-und-geschlechtliche-vielfalt/gesetz-ueber-die-selbstbestimmung-in-bezug-auf-den-geschlechtseintrag-sbqq--199332>

- **Gleichstellungs-Check des Aufenthaltsgesetzes**

In einer Studie der Bundesstiftung Gleichstellung zur Geschlechtergerechtigkeit im Aufenthaltsrecht werden die Rahmenbedingungen der Rechtslage dargestellt und untersucht, welche Gleichstellungshindernisse sich darin verbergen.

Studie weiter lesen: https://www.bundesstiftung-gleichstellung.de/static/c045886509ea78520e488651d43eea26/241029_BSG_Studie_Geschlechtergerechtigkeit-im-Aufenthaltsrecht_1.pdf

- **Dokumentation der Bundeskonferenz der BAG – Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen unter dem Motto, „Armut, die“**

Unsere Dokumentation umfasst eine Zusammenfassung der Beschlüsse, Reden und die Präsentationen aus den Foren.

Zu Download geht es <https://www.gleichberechtigt.org/dokumentation>

- **Minibüchlein: Frauenarmut**

Im Januar 2025 erscheint das neue Büchlein zum Thema Frauenarmut der BAG – Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen. Anhand von fünf Frauenleben wird beispielhaft erzählt, welche Armutsfallen lauern: Armut betrifft insbesondere alleinerziehende Mütter, die für ihre Kinder sorgen und gleichzeitig den Haushalt stemmen müssen und daher häufig keine Vollzeitstelle annehmen können oder wollen. Hinzu kommen Frauen mit Migrationshintergrund und Frauen mit Behinderungen, die ebenfalls überdurchschnittlich oft armutsgefährdet sind.

Es ist ein Armutszeugnis, dass vor allem die Altersarmut bei Frauen deutlich zunimmt. Neben den Illustrationen beinhaltet das Minibuch Daten und Forderungen zum Thema Armut. Die Büchlein werden gegen eine Versandkostenpauschale abgegeben und können ab sofort hier geordert werden (Versand ab Ende Januar).

- **Deutscher Frauenrat veröffentlicht Wahlforderungen**

Der Deutsche Frauenrat hat seine Forderungen zur Bundestagswahl 2025 veröffentlicht. Er mahnt darin eine engagierte gleichstellungspolitische Agenda an. Angesichts multipler Krisenlagen ist Geschlechtergerechtigkeit das zentrale Mittel, um den dringenden Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zum Wohle aller zu gestalten.

In zehn Kapiteln legt der Deutsche Frauenrat dar, welche gleichstellungspolitischen Maßnahmen in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg gebracht werden müssen. Dazu zählen unter anderem Maßnahmen, die Gleichstellungspolitik grundsätzlich implementieren, wie eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik oder einen Gleichstellungsscheck für Gesetze, weitreichende Maßnahmen für Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, wie z.B. Durchsetzung von Entgeltgleichheit oder die soziale Absicherung von Minijobs. Der DF fordert weiter Maßnahmen zur Umverteilung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern, zur Aufwertung von Sorgeberufen, für besseren Gewaltschutz und -prävention, zur Bekämpfung von Antifeminismus und zur Stärkung der Demokratie, Reformen im Kindschafts- und im Steuerrecht sowie eine geschlechtergerechte Fiskalpolitik.

Die DF-Wahlforderungen sind hier abrufbar: <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2024/12/Deutscher-Frauenrat-Forderungen-zur-Bundestagswahl-2025.pdf>

- **6 Forderungen zur Bundestagswahl 2025 Geschlechtergerechtigkeit gelingt nur mit Partnerschaftlichkeit!**

Das Bündnis Sorgearbeit fair teilen appelliert an die Parteien, die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern endlich mit oberster Priorität umzusetzen. Geschlechtergerechtigkeit beginnt mit der fairen Verteilung unbezahlter Sorgearbeit.

Um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu stärken, muss die Übernahme von Sorgeverantwortung durch Männer gefördert werden. Gefordert wird:

1. Bezahlte Freistellungen für informelle Pflege
2. 10 Tage Freistellung für Väter bzw. zweite Elternteile nach der Geburt eines Kindes mit vollem Entgeltersatz
3. Partnerschaftliche Ausgestaltung des Elterngeldes
4. Abschaffung der Lohnsteuerklasse V und Individualbesteuerung für alle
5. Öffentliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen
6. Schaffung von Rahmenbedingungen für geschlechtergerechte und sorgorientierte Arbeitszeitmodelle

Die faktische Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter ist zentral für die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft. Weitere Infos und die vollständigen Forderungen des Bündnisses Sorgearbeit fair teilen zur Bundestagswahl 2025 finden Sie <https://www.sorgearbeit-fair-teilen.de/pressemitteilung/6-forderungen-zur-bundestagswahl-2025-geschlechtergerechtigkeit-gelingt-nur-mit-partnerschaftlichkeit/>

- **Mutterschutz bei Fehlgeburten ausweiten**

Der Deutsche Bundestag hat sich am 19.12.2024 mit dem Mutterschutz bei Fehlgeburten beschäftigt. Sowohl der „Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und weiterer Gesetze zur Einführung eines gestaffelten Mutterschutzes nach Fehlgeburten“ als auch der „Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU: Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Mutterschutzgesetzes und weiterer Gesetze – Anspruch auf Mutterschutzfristen nach einer Fehlgeburt (Mutterschutzanpassungsgesetz)“ sind im Anschluss an die Aussprache zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Federführend ist der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Hintergrund: In Deutschland haben Frauen, die bis zur 24. Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt erleiden, bisher keinen Anspruch auf Mutterschutz. Dabei ist eine Fehlgeburt eine große psychische und körperliche Belastung. Wir wollen den Mutterschutz deshalb auf Frauen ausweiten, die ab der 15. Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt erleiden. Dazu bringen wir in dieser Woche einen Gesetzentwurf von SPD und Grünen in den Bundestag ein. Ziel ist die Einführung gestaffelter Schutzfristen bei einer Fehlgeburt. Damit soll den betroffenen Frauen in dieser physisch und psychisch belastenden Zeit die Möglichkeit einer längeren Regenerationsphase gegeben werden, sofern sie dies wünschen. Die Dauer des Mutterschutzes soll bei einer Fehlgeburt nach der 15. Schwangerschaftswoche zwei Wochen betragen, ab der 17. sechs Wochen und ab der 20. acht Wochen. Während des Mutterschutzes haben Frauen Anspruch auf Mutterschaftsgeld, um ihr Einkommen zu sichern. Arbeitgeber zahlen in der Regel die Differenz zum Nettolohn. Laut Entwurf sollen dem betroffenen Arbeitgeber die mutterschutzrechtlichen Leistungen vollständig erstattet werden. Dadurch soll Diskriminierung bei der Ersteinstellung von Frauen entgegengewirkt werden.

- **Befragung auf der 14. Familiennacht: Was wünschen sich Familien von der Berliner Familienpolitik?**

Im Rahmen der Familiennacht am 12.10.2024 befragte der Berliner Familienbeirat Eltern und Kinder nach ihren Anliegen. Die Ergebnisse zeigen: Familien wünschen sich eine Politik, die ihre Bedürfnisse in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und finanzieller Absicherung stärker berücksichtigt, etwa durch höheres Kindergeld und gezielte

Unterstützung für Alleinerziehende. Einen Überblick über die Ergebnisse unserer Befragung können Sie in der Auswertung der Umfrage nachlesen:
https://www.familienbeirat-berlin.de/fileadmin/Startseite/PDF/Familiennacht_2024_10_12_Umfrage_Auswertung.pdf

- **Neunter Altersbericht der Bundesregierung veröffentlicht**

Ungleichheit und Ausgrenzung verringern, Ageismus bekämpfen – Teilhabechancen verbessern

Die Bundesregierung hat heute den Neunten Altersbericht mit dem Titel „Alt werden in Deutschland – Vielfalt der Potenziale und Ungleichheit der Teilhabechancen“ veröffentlicht.

In Zeiten tiefgreifender sozialer Transformationen und herausfordernder Krisen ist es erforderlich, die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen im Blick zu behalten und gegebenenfalls zu sichern oder zu verbessern. Die Neunte Altersberichtscommission hat deshalb in ihrem Bericht die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Lebenssituationen älterer Menschen in Deutschland dargestellt und untersucht, ob gesellschaftliche Teilhabe für alle älteren Menschen in gleichem Maße möglich ist. Als Facetten von Teilhabe werden im Neunten Altersbericht insbesondere die materielle Lage, Erwerbsarbeit und Sorgearbeit, gesellschaftliche Partizipation, Wohnen und Sozialraum, soziale Eingebundenheit sowie die gesundheitliche Versorgung älterer Menschen betrachtet. Der Bericht zeigt, dass Teilhabechancen sozial ungleich verteilt sind. Vor allem wenn mehrere Merkmale sozialer Ungleichheit zusammenwirken (Intersektionalität), kann dies im individuellen Fall zu gravierenden Benachteiligungen führen. Vor diesem Hintergrund werden unter anderem die Lebenssituationen älterer Menschen mit Migrationsgeschichte und älterer LSBTI*-Personen betrachtet.

Außerdem geht die Kommission in ihrem Bericht den Ursachen und Erscheinungsformen von Altersdiskriminierung nach. Sie möchte mit ihrem Beitrag für ageistisches Denken und Handeln sensibilisieren und ageistische Strukturen in Frage stellen. Insgesamt zeigt sich, dass eine teilhabeorientierte Politik für ein gutes Leben im Alter nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie verschiedene für das Leben im Alter bedeutsame Politikfelder umfasst und aufeinander abstimmt. Die Kommission skizziert deshalb Grundzüge einer ressortübergreifenden, verschiedene Handlungsfelder integrierenden Politik für ein gutes Leben im Alter.

Der Bericht macht deutlich, dass eine besondere Aufmerksamkeit für sozial benachteiligte Gruppen erforderlich ist, um gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe für alle älteren Menschen sicherzustellen. Die Neunte Altersberichtscommission leitet aus ihrem Bericht 31 Empfehlungen ab und schlägt zahlreiche Maßnahmen vor, die zu einem guten Altwerden in Zeiten des Wandels und multipler Belastungen beitragen können.

Die Empfehlungen der Kommission sind im Neunten Altersbericht nachzulesen, der in Kürze über www.neunter-altersbericht.de heruntergeladen oder bestellt werden kann. Auf www.neunter-altersbericht.de finden Sie auch weitere Informationen über den Neunten Altersbericht und über die Sachverständigenkommission zur Erstellung des Neunten Altersberichts.

- **Die Altersberichterstattung der Bundesregierung**

In jeder Legislaturperiode beruft das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Namen der Bundesregierung eine wissenschaftliche Sachverständigenkommission und beauftragt sie mit der Erstellung eines Berichts zu einem vorgegebenen, seniorenpolitisch relevanten Thema. Die unabhängige Sachverständigenkommission erarbeitet in rund zweijähriger Arbeit ihren Bericht und übergibt ihn dem BMFSFJ. Unter der Federführung des BMFSFJ erstellt dann die Bundesregierung eine Stellungnahme zum Bericht der Sachverständigenkommission. Der Kommissionsbericht und die Stellungnahme der Bundesregierung ergeben zusammen den

Altersbericht der Bundesregierung und werden als Bundestags-Drucksache veröffentlicht. Die Sachverständigenkommission zur Erstellung des Neunten Altersberichts der Bundesregierung (die Neunte Altersberichtscommission) wurde am 22. Juli 2022 von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus, berufen. Am 11. Juli 2024 übergaben die elf Expert*innen aus Psychologie, Sozialwissenschaft, Gerontologie, Gesundheitswissenschaft und Sozialpolitik der Bundesministerin ihren Bericht. Am 8. Januar 2025 verabschiedete das Bundeskabinett die Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission und der Neunte Altersbericht konnte noch am selben Tag der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

- **DGB: Mach dich stark mit uns für Gute Arbeit!**

Hier gibt's Infos, Geschichten aus dem Alltag von Beschäftigten und den Faktencheck Gute Arbeit.

Mehr Lesen: https://www.dgb.de/mitmachen/kampagnen/bundestagswahl-2025/mythencheck/?mtm_campaign=einblick&mtm_kwd=01-2025&mtm_source=elaine&mtm_medium=email&mtm_cid=btw25

- **Arbeitswelt: Was die Parteien vorhaben**

Umfragen zufolge planen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihr Kreuz bei der AfD zu machen. Dabei kommen Belange der Beschäftigten in deren Wahlprogramm gar nicht vor.

Weiter lesen: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-was-die-parteien-vorhaben-66302.htm>

- **Fachkräftemangel- Viel Potenzial**

Sozialkürzungen taugen nicht dazu, das Arbeitskräfteangebot zu erhöhen. Nötig sind mehr Geld für Kitas, Schulen und Qualifizierungen sowie alternsgerechte Arbeitsbedingungen.

Weiter lesen: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-viel-potenzial-66293.htm>

- **DZA: Analoge Medien bleiben gerade auch für ältere Menschen weiterhin sehr wichtig**

Medien sind selbstverständlicher Teil unseres Alltags. Dabei sind Medien sehr vielfältig: Klassische Medien wie Zeitung, Fernsehen und Buch konkurrieren mit einem modernen Medium wie dem Internet, das sowohl neue Formate hervorbringt als auch traditionelle Medien in neuer Form anbietet (E-Books, E-Zeitungen, Internetradio, Streamingdienste). Doch wie steht es um die Mediennutzung in der zweiten Lebenshälfte?

Mit Daten des Deutschen Alterssurveys 2023 wurde untersucht, wie stark Menschen in der zweiten Lebenshälfte verschiedene Medien nutzen. Unterschieden wurden dabei drei Altersgruppen: 42 bis 60 Jahre, 61 bis 75 Jahre und 76 bis 90 Jahre.

Mehr Lesen unter: <https://www.dza.de/detailansicht/analoge-medien-bleiben-gerade-auch-fuer-aeltere-menschen-weiterhin-sehr-wichtig>

- **Studie: "Ohne Demokratie ist alles nichts."**

In der ersten Jahreshälfte 2024 ging ein demokratischer Ruck durch Deutschland. In Reaktion auf die Enthüllungen über das Potsdamer Geheimtreffen extrem rechter Kreise und die dort diskutierten „Remigrations“-Pläne erlebte das Land die größten prodemokratischen Proteste seiner Geschichte. Millionen Menschen gingen deutschlandweit auf die Straße.

Wer sind die Menschen, die in Ost und West für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus demonstrierten? Was treibt sie um, was motiviert sie und was erwarten sie von Politik und Gesellschaft? Welche Effekte haben die Protestwellen und was nehmen wir daraus mit für die Bildung starker Allianzen für eine plurale Demokratie?

Diesen Fragen sind wir in Zusammenarbeit mit dem Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) in zwei Demonstrationsbefragungen in Hamburg und Dresden im Juni 2024 nachgegangen.

Mehr lesen unter: <https://www.fes.de/ohne-demokratie-ist-alles-nichts>

- **Menschenrechtsbericht 2024 des Deutschen Instituts für Menschenrechte**

Wie steht es um den Schutz von Geflüchteten? Welche Menschenrechtsdimension hat Wohnungslosigkeit? Welche Schritte sind notwendig, damit Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten können? Mit welchen Regelungen lassen sich ausbeuterische Arbeitsbedingungen von Wanderarbeitnehmer*innen verhindern? Was sollte die Bundesregierung bei Entscheidungen über Rohstoffpartnerschaften menschenrechtlich beachten?

Antworten auf diese Fragen finden sich im neunten Bericht an den Bundestag zur Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland. Wir stellten ihn im Dezember des vergangenen Jahres anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte am 10. Dezember der Öffentlichkeit vor.

Weiter lesen: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/entwicklung-der-menschenrechtssituation-in-deutschland-juli-2023-juni-2024>

Kurzfassung: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/kurzfassung-entwicklung-der-menschenrechtssituation-in-deutschland-juli-2023-juni-2024>

- **Darum gehören Muslim:innen zu Deutschland**

Seit Jahren streiten Politik, Medien und Gesellschaft über die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehört. Blickt man auf die Geschichte und auf die heutige gesellschaftliche Realität, liegt die Antwort auf der Hand. In unserem Beitrag finden Sie acht Gründe, warum der Islam und Muslim:innen selbstverständlich ein Teil Deutschlands sind.

Mehr lesen: <https://www.bosch-stiftung.de/de/stories/darum-gehört-der-islam-zu-deutschland>

- **Mixed Migration Review 2024**

Der Jahresbericht 2024 des Mixed Migration Center befasst sich mit den komplexen Wechselwirkungen zwischen Politik und Migration. Der Bericht enthält Beiträge über die Instrumentalisierung von Migration für politische Zwecke, den Aufstieg des Populismus und den Einfluss moderner Medien auf die öffentliche Meinungsbildung. Außerdem bietet er einzigartige regionale Perspektiven von jungen Autor:innen und einen Blick darauf, wie Behörden auf Migrationsbewegungen reagieren.

Mehr lesen: <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/mixed-migration-review-2024>

- **Die Resilienz des demokratischen Rechtsstaats und seiner Institutionen im Land Brandenburg stärken!**

In mehreren europäischen Staaten sind die Verfahren und Institutionen des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats auf unterschiedlichen Ebenen zunehmenden Druck

ausgesetzt. Was käme auf den Rechtsstaat und die Demokratie in einem Bundesland zu, wenn eine autoritär-populistische Partei nach Landtagswahlen staatliche Machtmittel in die Hand bekäme?

Weiter lesen: <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/21448.pdf>

- **Welche Träume bewegen Deutschland?**

Vom Tellerwäscher zum Millionär, jede:r kennt ihn, den „American Dream“. Er besteht in dem Versprechen, dass harte Arbeit belohnt wird, und ist vom optimistischen Grundansatz geprägt, dass jede:r alles erreichen kann. Solche Zukunftsträume sind nicht nur Ausdruck individueller Sehnsüchte, sondern auch Spiegelbilder kollektiver Stimmungen, Hoffnungen und Herausforderungen. Sie zeigen, welche Prioritäten Menschen setzen, worauf sie hinarbeiten und was sie von ihrem Leben und der Gesellschaft erwarten.

Weiter lesen: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21738.pdf>

- **Geschlechtergerechtigkeit im Aufenthaltsrecht?
Ein Gleichstellungs-Check des Aufenthaltsgesetzes**

In der aktuellen Debatte über Migration und Integration geraten Frauen mit ihren spezifischen Bedarfen allzu leicht aus dem Blick. Auch ihr Potential als Antwort auf den Fachkräftemangel wird kaum diskutiert. Die Studie fragt deshalb, welche Rahmenbedingungen das Aufenthaltsrecht schafft und wo sich darin ggf. Gleichstellungshindernisse verbergen.

Weiter lesen: https://www.bundesstiftung-gleichstellung.de/static/db00cfb2fe8b33012011b21c3b9852c9/241218_BSG_Studie_Geschlechtergerechtigkeit-im-Aufenthaltsrecht_1_Web.pdf

- **Podcast "Taking the Red Pill – Einstiegsdroge Antifeminismus"**

Der neue Podcast "Taking the Red Pill – Einstiegsdroge Antifeminismus" der Bundeszentrale für politische Bildung beschäftigt sich mit der Frage, was Antifeminismus bedeutet, gegen wen er sich richtet und warum er die Demokratie gefährdet. Hierbei untersucht der Podcast den Zusammenhang zwischen rechtsterroristischen Anschlägen und Antifeminismus.

Weiter lesen und anschauen: <https://www.bpb.de/mediathek/podcasts/558273/taking-the-red-pill-einstiegsdroge-antifeminismus/>

- **„Zwei Geschlechter reichen nicht“ – im Gespräch mit Dr. Helga Lukoschat über Frauenorganisationen**

Die offizielle Änderung des Personenstandsgesetzes im Dezember 2018 zog in vielen unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen Veränderungen nach sich. Die Definition von Geschlecht und die Zugehörigkeit zu einer der diesbezüglichen Kategorien wurde in Frage gestellt. Und wir müssen uns auch als Landesfrauenrat die Frage stellen: Was bedeutet es, eine Frauenorganisation zu sein und wer sind unsere Mitglieder? Gemeinsam mit Dr. Helga Lukoschat Mitbegründerin der EAF Berlin (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin) sind wir diesen und ähnlichen Fragen nachgegangen. Den von der EAF Berlin veröffentlichte Blog-Beitrag zum Thema finden Sie hier: Welchen Einfluss hat das Selbstbestimmungsgesetz auf unsere Programme zur Chancengleichheit von Frauen? (eaf-berlin.de)

- **Diversität in der Bundesverwaltung am Beispiel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Die Studie setzt sich mit Diversität und Antidiskriminierung in der Bundesverwaltung am Beispiel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auseinander. Ziel des Projekts war es, die Diversität und den Umgang mit ihr im Arbeitsalltag einer obersten Bundesbehörde umfassend entlang verschiedener Vielfaltsdimensionen zu erheben. Dabei geht das Verständnis von Vielfalt erstmals über die bisher in Studien verwendeten Dimensionen hinaus und bezieht alle im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschützten Diskriminierungsgründe mit ein. Damit ist das BMFSFJ das erste Ministerium, das an einer umfangreichen Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsstudie teilgenommen hat, in der die Schwachstellen und Kritikpunkte bisheriger Diversitätsstudien aufgegriffen werden. Die empirischen Ergebnisse ermöglichen es, Handlungsbedarfe zu identifizieren und darauf basierend Handlungsempfehlungen zu formulieren, die zur Gestaltung der Diversitätsstrategie und einer diversitätssensiblen Organisationsentwicklung genutzt werden können. Dabei geben die empirischen Ergebnisse Aufschluss zu den Bereichen Organisationskultur und -struktur, Personalentwicklung und Außenwahrnehmung des BMFSFJ durch potenzielle Arbeitnehmer*innen, Rekrutierung und Personalgewinnung.
ISBN: 978-3-948289-78-2

Studie weiterlesen: https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-6171.pdf

- **Im Dezember 2024 wurde die Engagementstrategie des Bundes verabschiedet**

Sie ist ein wichtiger Schritt, um freiwilliges Engagement zu stärken und fit für die Zukunft zu machen. Die Strategie legt fünf zentrale Ziele fest:

- Engagement in Krisenzeiten und bei Transformationsprozessen stärken
- Vielfalt anerkennen und Teilhabe ermöglichen
- Strukturelle Hürden für freiwilliges Engagement abbauen
- Die digitale Transformation der Zivilgesellschaft begleiten
- Engagement über nationale Grenzen hinweg fördern

Die Strategie wurde in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft entwickelt.

- **Internationaler Tag der Migrant*innen**

Menschen mit Migrationsgeschichte verdienen in Deutschland durchschnittlich weniger als Menschen ohne Migrationsgeschichte. Das Lohngefälle zwischen Frauen ohne und Frauen mit Migrationsgeschichte beträgt 20%. Auch liegt der Frauenanteil bei Erwerbstätigen, die Staatsangehörige von Drittstaaten sind, bei 36%. Mehr zu den Gründen, den gravierenden Folgen und den Forderungen

https://www.instagram.com/p/DDuPouTtYrW/?utm_source=ig_web_copy_link&igsh=MzRlODBiNWFiZA%3D%3D&img_index=1

- **Digitaler Gleichstellungsatlas**

Die interaktive Anwendung des Gleichstellungsatlas liefert einen umfassenden Überblick über die regionalen Unterschiede bei der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Anhand von 40 Indikatoren zeigt er auf, wie hoch der Anteil von Frauen und Männern an Führungspositionen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft ist, welche geschlechtsspezifischen Unterschiede es bei Bildung und Berufswahl gibt oder wie sich Frauen und Männer Erwerbs- und Sorgearbeit aufteilen. Zu jedem Indikator finden Sie eine Karte, ein Diagramm, eine Vergleichsfunktion im Zeitverlauf und zusätzliche Informationen.

Weiter Lesen <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/online-rechner/gleichstellungsatlas>

- **Die gefährlichen Cheerleader toxischer Männlichkeit**

Unser Autor Nils Pickert analysiert den weltweiten antifeministischen Backlash und zeigt, wie toxische Männlichkeitsbilder und Frauenhass wieder an Boden gewinnen. Er fordert, Jungen und Männern neue Perspektiven anzubieten – und macht klar: Veränderung beginnt auf den kleinen Bühnen des Alltags.

Weiter lesen <https://pinkstinks.de/die-gefaehrlichen-cheerleader-toxischer-maennlichkeit/>

- **Antifeminismus: Das trojanische Pferd des Rechtsextremismus**

Folgende Entwicklung macht uns große Sorgen: Antifeminismus und Rechtsextremismus greifen die Rechte marginalisierter Gruppen an und gefährden unsere Demokratie. Wie genau Rechtsextremismus antifeministische Erzählungen instrumentalisiert und welche Rolle das im Wahlkampf spielt, erklärt unsere Gastautorin Hami Nguyen.

weiterlesen <https://pinkstinks.de/antifeminismus-das-trojanische-pferd-des-rechtsextremismus/>

- **CN: sexualisierte Gewalt**

So wichtig: ver.di hat eine neue Mustervorlage für eine Betriebsvereinbarung gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz veröffentlicht:

https://frauen.verdi.de/themen/sexismus-gewalt/+co++66ae01fa-9798-11ef-acfc-ff2a3781bf38?fbclid=PAY2xjawGkRclleHRuA2FlbQIxMAABpuC0tpoKAhDv1odzac1aoNguXLIxOkVMn5BqDK_Xc8KNZ51MC3CNFp_LRg_aem_VI0g97nCCwlaDZvOzOi68g Wenn ihr tiefer in das Thema Antifeminismus einsteigen wollt, können wir euch die umfassende Einführung von Antifeminismus-Expertin Juliane Lange bei der Bundesstiftung Gleichstellung empfehlen <https://www.bundesstiftung-gleichstellung.de/wissen/themenfelder/antifeminismus/>

- **Unternehmensbefragung in NRW: Vereinbarkeit von Beruf & Pflege lohnt sich**

Unternehmen spielen eine zentrale Rolle, wenn es um die Gestaltung von Lösungen zur Vereinbarkeit von Beruf und privater Pflegeaufgabe geht. Um zu erfahren, welche Maßnahmen hier aktuell in Unternehmen in Nordrhein-Westfalen (NRW) umgesetzt werden, welche Effekte sich dabei zeigen, und wie sich Strukturen der Vereinbarkeit verändern und anpassen lassen, hat das Servicezentrum des Landesprogramms Vereinbarkeit von Beruf und Pflege NRW eine Studie in Auftrag gegeben. Durchgeführt wurde sie vom Institut Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen.

Deutlich wird die Relevanz von Vereinbarkeit: Alle befragten Unternehmerinnen und Unternehmer sind sich darin einig, dass es immer wichtiger wird, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Damit sollen Fehlzeiten bei Mitarbeitenden verringert werden. Gleichzeitig erhoffen sich die Arbeitgebenden, mit Vereinbarkeitslösungen ihre Attraktivität etwa bei der Personalgewinnung verbessern zu können. Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich: Diese Erwartungen werden erfüllt.

Studie lesen: https://berufundpflege-nrw.de/uploads/2024/12/Landesprogramm_Unternehmensbefragung-1.pdf

- **„Ohne Demokratie ist alles nichts.“ Teilnehmende, Motive und Effekte der Proteste gegen Rechtsextremismus im Juni 2024**

im ersten Halbjahr 2024 erlebte das Land die größten prodemokratischen Demonstrationen seit Gründung der Bundesrepublik. Über vier Millionen Menschen

protestierten gegen Rechtsextremismus und für Demokratie. Wer sind die Menschen, die für die Demokratie auf die Straße gingen? Was treibt sie um, was erwarten sie von Politik und Gesellschaft? Und welche Wirkung haben die Proteste?

Ausgewählte Ergebnisse: Die Proteste haben auf unterschiedlichen Ebenen Wirkung entfaltet und demokratische Strukturen und Anliegen gestärkt, z. B. durch

- die Bildung breiter zivilgesellschaftlicher Bündnisse,
- die Sichtbarkeit rechtsextremer Gefahren und prodemokratischer Gegenstimmen im öffentlichen Diskurs,
- die Stärkung von kollektiver Selbstwirksamkeit und individueller Engagementbereitschaft der Protestierenden.

Die Protestierenden haben ein hohes Demokratievertrauen und setzen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus vor allem auf eine starke Zivilgesellschaft und ein gut aufgestelltes Bildungssystem. Einen Überblick über weitere Ergebnisse sowie die Studie zum Download finden Sie hier:

<https://www.fes.de/ohne-demokratie-ist-alles-nichts>

<https://library.fes.de/pdf-files/pbud/21695.pdf>